



Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Namensänderungsbehörde

Seit dem 25. Mai 2018 gilt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten werden gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO) zur Verfügung gestellt.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, vertreten durch den Landrat, Stadtstr. 2, 79104 Freiburg, Datenführende Stelle ist der Fachbereich Ordnungsrecht und Ordnungswidrigkeiten im Landratsamt, ordnungsrecht@lkbh.de, Telefon 0761 2187-6200.

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Stadtstr. 2, 79104 Freiburg, datenschutz@lkbh.de, Telefon 0761 2187- 2070.

Datenerhebung, Erhebungszweck, Rechtsgrundlage

Der Verantwortliche ist für die Erfüllung der Aufgaben der Namensänderungsbehörde zuständig und somit gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. e DSGVO zur Verarbeitung der damit einhergehenden personenbezogenen Daten berechtigt.

Um über den Antrag auf Namensänderung zu entscheiden, müssen wir persönliche Daten erheben. Die Datenerhebung erfolgt bei dem Betroffenen. Die Art der zu erhebenden Daten ergibt sich aus dem Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen, der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen. Personenbezogene Daten werden auch bei anderen Stellen, wie dem Schuldnerverzeichnis (Eintrag in der Schuldnerkartei), der Polizei (Nachweis der Unbescholtenheit) sowie ggf. beim Sozialen Dienst des Jugendamtes (Stellungnahme zum Kindeswohl) erhoben.

Datenübermittlung und manueller oder automatisierter Datenabgleich

Persönliche Daten werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen an andere Stellen weiter gegeben bzw. mit anderen Stellen abgeglichen, so an das Standesamt, an die Meldebehörde, an die Polizei, an das Schuldnerverzeichnis und ggf. an den Sozialen Dienst des Landratsamtes.

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Die Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an ein Drittland ist nicht beabsichtigt, außer wenn das erlaubt und zum Vollzug des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen zwingend erforderlich ist.

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Akten über die Änderung von Vor- und Familiennamen sind 30 Jahre aufzubewahren und können anschließend vom Archiv des Landratsamtes übernommen werden.

Erforderlichkeit zur Angabe von Daten

Die Begründung zur Erforderlichkeit der Datenerhebung ergibt sich aus den gesetzlichen Grundlagen: Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen, Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen, Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen. Wenn Sie die erforderlichen persönlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag auf Änderung des Vor- und/oder Familiennamens nicht bearbeitet werden.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Automatisierte Entscheidungsfindung

Es liegt keine automatisierte Entscheidungsfindung vor.

Beschwerderecht

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Heilbronner Straße 35, 70191 Stuttgart, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, Telefon 0711 615541-0, Fax 0711 615541-15, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand 07.08.2026